

Anwesend:

**Mitglied SPD-Fraktion**

Ausschussmitglied Manuel Baruschke  
Ausschussmitglied Volker Block  
Ausschussmitglied Susanne Kempcke

**Mitglied CDU-Fraktion**

Stellv. Ausschussvorsitzender Sven Schoolmann  
Ausschussmitglied Thomas Suberg

**Mitglied Gruppe "GRÜNE und GfW"**

Beigeordneter Ulf Berner  
Beigeordneter Martin Burkhart

**Mitglied Fraktion WIN@WBV**

Ausschussvorsitzender Olaf Fischer

**Dezernent**

Thomas Bruns

**Leiter Referat 4**

Jens Müll

**Es fehlten entschuldigt**

Grundmandat Michael Kiesewetter  
Grundmandat Thorsten Moriße  
Beigeordneter Andreas Tönjes

**Gäste**

Norbert Weinberg (Personalrat)  
Helga Weinstock (Gruppe "Die BUNTEN")

**Fachbereichsleiter 16**

Tino Hoffmann

**Fachbereichsleiterin 13**

Julia Muth

**Protokollführer**

Diether Erdelyi

## A Öffentlicher Teil

### Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung des Datenverarbeitungs- und- Digitalisierungsausschusses vom 22.02.2022
- 4 Vorlagen an den RAT
- 4.1 Streaming und Videoaufzeichnung von Ratssitzungen **213/2021**
- 4.2 Antrag WIN@WBV-Fraktion: "Beauftragung einer Unternehmensberatung für das Projekt „Attraktivitätssteigerung und Optimierung der Stadtverwaltung“" **521/2022**
- 5 Mitteilungen und Anfragen
- 5.1 Freien WLAN-Hotspot für Flüchtlingsunterkünfte
- 5.2 Berichterstattung Digitalisierung

### 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Herr Fischer, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

### 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde in der vorliegenden Form festgestellt.

### 3 Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung des Datenverarbeitungs- und- Digitalisierungsausschusses vom 22.02.2022

Das Protokoll über den öffentlichen Teil der Sitzung des DDA vom 22.02.2022 wurde einstimmig genehmigt.

#### 4 Vorlagen an den RAT

##### 4.1 Streaming und Videoaufzeichnung von Ratssitzungen

**213/2021**

In der Ratssitzung vom 16.02.2022 wurde eine weitere Vorberatung über die neu eingebrachten Änderungsanträge zu dieser Beschlussvorlage in dem Fachausschuss beschlossen.

Herr Fischer trug den Änderungsantrag der Gruppe „Die Bunten“ und den gemeinsamen Änderungsantrag der Gruppen „FDP-FW“, „Grüne und GfW“ sowie der Fraktionen „WIN@WBV“ und „CDU“ vor.

Auf die Frage, ob die Betreuung der Anlage dann durch einen externen Dienstleister oder durch eigenes Personal erfolgen sollte, teilte Herr Bruns mit, dass die Stadt Wilhelmshaven nicht über das erforderliche, geschulte Personal verfüge, so dass nur eine Fremdvergabe in Frage käme. Diese sollte dann zunächst auf ein Jahr begrenzt werden. Angestrebt werde aber insgesamt eine kostengünstige Lösung.

Herr Baruschke betonte, dass eine ggf. kostenintensivere KI-basierte Lösung, die dann aber automatisiert arbeite (Kameraeinstellung etc.), auch zu betrachten sei.

Nach kurzer Diskussion stimmte der Ausschuss einstimmig dem gemeinsamen Änderungsantrag der Gruppen „FDP-FW“, „Grüne und GfW“ sowie der Fraktionen „WIN@WBV“ und der „CDU“ zu.

**Beschluss:** -geänderter Beschlussvorschlag-

Punkt 1 und 2 der Vorlage werden gestrichen. Und wie folgt neu gefasst:

1)

Die Leistungsbeschreibung ist zu überarbeiten und im Datenverarbeitungs- und Digitalisierungsausschuss zu beraten. Hier soll als Zielsetzung eine Ton- und Videoübertragung am Platz und am Redner:innen:pult festgelegt werden. Das Ergebnis ist dem Rat zum Beschluss vorzulegen.

2)

Die Verwaltung wird beauftragt, nach Beschluss über die Leistungsbeschreibung eine unverbindliche Angebotsanfrage an AV - (Audio und Visual) und IT Fachfirmen zu stellen. Die Angebote sollen eine Hardwarelösung mit Installation, Support und Wartung umfassen. Die Fachfirmen sollen

ihre Lösungen in einem kurzen, möglicherweise kostenpflichtigen - so im Angebot auszuweisen - Erprobungsverfahren darstellen dürfen („Proof-of-concept“). Die Angebote sind dem Rat vorzulegen, der dann über das weitere Vorgehen entscheidet.

**Beschlusstext der ursprünglichen Beschlussvorlage 213/2021:**

- 1. Der Rat stimmt dem beigefügten Konzept über die technischen Anforderungen (sh. Anlage Leistungsbeschreibung) sowie der Verwendung eines Rednerpultes (sh. Fotos) zu.*
- 2. Der Rat stimmt zu, die Änderung der Hauptsatzung durch den neu konstituierenden Rat beschließen zu lassen.*

4.2 Antrag WIN@WBV-Fraktion: "Beauftragung einer Unternehmensberatung für das Projekt „Attraktivitätssteigerung und Optimierung der Stadtverwaltung“" **521/2022**

Nachdem Herr Fischer seinen Vorsitz vorübergehend an den stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Schoolmann, abgegeben hatte, trug er den Antrag zur Beauftragung einer Unternehmensberatung für das Projekt „Attraktivitätssteigerung und Optimierung der Stadtverwaltung“ seiner WIN@WBV-Fraktion vor.

Anschließend teilte er mit, dass es zu diesem Antrag viele Kommentare und Gespräche mit der Verwaltung gegeben habe. Ziel des Antrages sei es, die Stadt Wilhelmshaven für das Personal attraktiver zu machen, gleichzeitig aber auch die Digitalisierung voranzutreiben.

Herr Berner bat darum, das Wort „renommiert“ aus dem Beschlussvorschlag zu streichen. Ferner solle der Personalrat mit in die Entscheidung eingebunden werden. Außerdem solle auch der Verwaltungsausschuss mit in die Beschlusskette aufgenommen werden.

Herr Bruns teilte mit, dass zu dem Antrag diverse Gespräche geführt wurden und dass der Antrag auch interpretationsfähig sei. Bei ca. 8.000 Prozessen in der Verwaltung müsse man dann eher grobmaschig beginnen. Es sei hier eine Operationalisierung notwendig. Ferner sähe er die in dem Antrag aufgeführte Notwendigkeit eines Nachtragshaushalts für die Jahre 2022/2023 hierfür nicht.

Herr Berner riet dazu, den Antrag zu vertagen und dann über eine konkretisierte Form neu zu beraten.

Herr Block teilte grundsätzlich das genannte Ziel zur Steigerung der Attraktivität, es solle aber nicht mit einem Mammutprojekt begonnen werden, da dies wohl schwierig umzusetzen sei. Stattdessen könne eher in kleinen Schritten begonnen werden.

Herr Fischer entgegnete, dass man das Ziel durch eine mehrstufige Umsetzung erreichen könne. Hierbei könne man zunächst mit einer Erstanalyse beginnen, die ca. 30 bis 50 Manntage beinhalte, um eine erste Ausgangslage zu skizzieren.

Herr Müll teilte mit, dass die Digitalisierung ein wichtiges Thema sei. Das Online-Zugangsgesetz (OZG) sei nicht nur für den Bürger von Vorteil, sondern könne auch Prozesse innerhalb der Verwaltung durch digitale Gestaltung optimieren. Im Zuge dieser Gestaltung sollten aber die Mitarbeitenden mitgenommen werden, da ansonsten innere Kündigungen oder Wegbewerbungen drohten.

Herr Fischer erklärte, dass es nicht Ziel sei, Personal abzubauen, sondern durch eine moderne, digitalisierte Verwaltung einen attraktiven Arbeitgeber sowohl für die bisherigen Mitarbeitenden als auch für Nachwuchskräfte zu schaffen.

Herr Weinberg teilte mit, dass dieser Antrag sehr weitreichend sei. Eine Umfrage bei der Belegschaft führte überwiegend zu einem negativen Ergebnis, zumal bereits mehrfach Unternehmungsberatungen bei der Stadt Wilhelmshaven durchgeführt wurden. Man habe grundsätzlich nichts gegen Digitalisierung, wichtig sei aber eine gemeinsame Strategie von Politik, Verwaltung und Personalrat.

Herr Bruns fügte an, dass eine massive Umstrukturierung der Gesamtverwaltung auch Ängste schüre.

Herr Schoolmann merkte an, dass der externe Dienstleister den Fokus auf die Optimierung der Prozesse legen solle und nicht auf eine mögliche Personalreduzierung.

Im Anschluss an die Erörterung wurde die Beschlussfassung einstimmig zur Konkretisierung des Antrags in einer gemeinsamen Ausschusssitzung von PDG und DDA vertagt.

Nach dieser Abstimmung übergab der stellvertretende Vorsitzende, Herr Schoolmann, wieder den Vorsitz an Herrn Fischer.

**Beschluss:** -vertagt-

**Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt bis zur Ratssitzung im Juni 2022 eine Ausschreibung vorzubereiten, um eine renommierte Unternehmensberatung zu engagieren, die Expertise besitzt, den Prozess der Attraktivitätssteigerung und Optimierung der Arbeitgebermarke Stadtverwaltung zu begleiten und insbesondere kritisch Prozesse und Schnittstellen analysiert und mit Hilfe Benchmark-Vergleiche im Hinblick auf die Personalbemessung Vorschläge entwickelt. Ein für die Kosten der Unternehmensberatung entsprechender Nachtragshaushalt für das Jahr 2022 und ein Haushalt für das Jahr 2023 ist von der Kämmerei

einzustellen.

Ziel ist es eine bürgerfreundliche, schlanke und moderne Stadtverwaltung (weiter-) zu entwickeln, die auch für potenzielle Beschäftigte eine hohe Arbeitgeberattraktivität anstrebt.

Der Ausschuss Personal und Gleichstellung und der Datenverarbeitungs- und Digitalisierungsausschuss werden die Ausschreibung für die Beauftragung der Unternehmensberatung eng begleiten, den Auswahlprozess koordinieren und dem Rat für die Sitzung im September 2022 eine zu beauftragende Beratungsgesellschaft vorschlagen.

Grundlage der Untersuchung ist eine Analyse des aktuellen Digitalisierungsstands, der grundlegenden Prozessabläufe und Schnittstellen und der Personalqualität und -quantität. Die Unternehmensberatung soll beauftragt werden auf dieser Grundlage mit den jeweiligen Organisationseinheiten der Stadtverwaltung zusammen folgende Maßnahmenvorschläge unter Berücksichtigung offener Standards und Schnittstellen sowie vorhandener und sich abzeichnender Kooperationslösungen und -angebote (Bundes-, Landesebene, interkommunal) zu erarbeiten und dem Rat vorzustellen:

- 1) Identifikation geeigneter Digitalisierungsmaßnahmen unter Einbeziehung moderner Basistechnologien (z. B. Künstliche Intelligenz, cloud computing).
- 2) Kostenschätzung für a) die notwendigen Investitionen, die die modernen Technologien und Arbeitsweisen zusammenbringen und b) zielgruppenorientierte Schulungen im Rahmen der Umsetzung von digitalen Arbeitsplätzen und zur angestrebten Prozessoptimierung, angepasst an die Bedürfnisse der Mitarbeiter.
- 3) Vorschlag einer Prioritätenliste für die Optimierungen der grundlegenden Prozesse nach Produkten und Organisationseinheiten unter Berücksichtigung der planbaren Fluktuation insbesondere durch altersbedingte Verrentung zur Umsetzung in den nächsten Haushaltsjahren.
- 4) Vorschlag des zukünftigen Personalmindestbestands einzelner Organisationseinheiten unterteilt nach wesentlichen und nicht wesentlichen gekennzeichneten Produkten nach der Umsetzung von digitalen, möglichst fallabschließenden Prozessen entsprechend der Prioritätenliste.
- 5) Vorschlag für eine optimierte Raumnutzung der Büroflächen der Stadtverwaltung.

Im Hinblick auf die Attraktivitätssteigerung der Arbeitsplätze in der Verwaltung wird die Möglichkeit der verstärkten Homeoffice-Arbeitsmöglichkeit gewünscht und grundsätzlich ermöglicht. Dadurch wird der zukünftige Raumbedarf der derzeitigen Immobilienbestände neu bewertet werden

müssen. Im Hinblick auf die vorhandenen Räumlichkeiten, unterteilt nach gemieteten und im Eigentum der Stadt befindlichen Büroflächen, soll hierfür zeitnah die Option der Reduzierung von Räumlichkeiten im Hinblick und die Höhe der möglichen Kosten-Ersparnisse untersucht werden.

- 6) Vorschlag einer zukünftigen schlanken Hierarchie-Struktur als weitere Maßnahme zur Attraktivitätssteigerung der Arbeitgebermarke Stadtverwaltung. Ziel ist es eine zeitgemäße, mit möglichst wenig hierarchische Ebenen zu bilden und mehr Verantwortung und Kompetenzen der einzelnen Mitarbeiter und Teams einzuräumen. Kontrolltätigkeiten sollen, wenn rechtlich möglich, minimiert werden. Kontrollpflichtige Prozesse sollen auf das Vieraugenprinzip reduziert werden. Führungskräfte sollen zukünftig ausreichend Zeit für Führung haben und sollen hierfür ausreichend qualifiziert werden.

Über den aktuellen Projektstand wird monatlich in den Ausschüssen Personal und Gleichstellung und Datenverarbeitung und Digitalisierung und zusätzlich nach Projektstart und Beauftragung der Beratungsgesellschaft anlassbezogen im Betriebsausschuss Eigenbetrieb GGS und vierteljährlich im Rat der Stadt Wilhelmshaven berichtet.

## 5 Mitteilungen und Anfragen

### 5.1 Freien WLAN-Hotspot für Flüchtlingsunterkünfte

Herr Burkhart fragte an, ob es möglich wäre, für die Flüchtlingsunterkünfte (z. B. am Standort ehemalige GS Peterstraße und ggf. weitere) freie WLAN-Hotspots einzurichten.

Herr Bruns sagte die Prüfung des vorgebrachten Vorschlags zu.

### 5.2 Berichterstattung Digitalisierung

Herr Fischer bat um regelmäßige Berichterstattung zum Thema Digitalisierung in den Schulen.

Herr Bruns teilte mit, dass eine regelmäßige Berichterstattung bereits erfolge.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

**Ende der Sitzung 16:28 Uhr**

gez.

gez.

gez.

---

Bruns  
Stadtrat

---

Fischer  
Ausschussvorsitzender

---

Erdelyi  
Protokollführer

---